

## **Niederschrift**

über die 24. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 10.07.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen gem. § 27 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Geilenkirchen auf Änderung des Flächennutzungsplanes für einen Bereich nördlich des Flussviertels - Beratung und Beschlussfassung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens  
Vorlage: 857/2013
3. Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen  
Antrag der CDU und SPD Fraktionen  
Vorlage: 877/2013
4. Wiederwahl des Ersten Beigeordneten Herbert Brunen  
Vorlage: 869/2013
5. Beratung über die Gründung der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH" und Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages  
Vorlage: 853/2013
6. Entsendung von Vertretern der Stadt in die Gremien der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH"  
Vorlage: 867/2013
7. Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)  
Vorlage: 861/2013
8. Beteiligung der EWV an der GREEN Bioenergie Cereshof GmbH  
Vorlage: 875/2013
9. Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 870/2013
10. Anzeige der Jahresabschlüsse 2010 und 2011  
Vorlage: 760/2013
11. Weiterleitung des Jahresabschlusses 2012  
Vorlage: 876/2013
12. Verzicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2010 und folgende

Vorlage: 871/2013

13. Beratung und Beschlussvorschlag über das vorgezogene Einvernehmen der Stadt zur baulichen Hochwasserschutzmaßnahme des WVER im Streckenabschnitt der Wurm zwischen Kreissparkasse und Realschule  
Vorlage: 859/2013
14. Beratung und Beschlussvorschlag über die Gestaltungskonzepte der Stadtkernerneuerung für den IV. BA, die Haihover Straße und den V. BA, entsprechend der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes  
Vorlage: 860/2013
15. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Geilenkirchen  
Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Jülicher Straße, westlich der Rheinstraße, südlich der Ruhrstraße und östlich der Hünshovener Gracht  
Beratung und Beschlussfassung über die während der erneuten Offenlage und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen  
Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung  
Vorlage: 863/2013
16. Beratung und Beschlussfassung über das gemeindliche Einvernehmen zur Erweiterung der "Abgrabung Würm"  
Vorlage: 879/2013
17. Beratungs- und Beschlussvorschlag über die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Vergabe der Tiefbauarbeiten zur Herstellung der restlichen Teilstrecke an der Professor-Max-Wilms-Straße  
Vorlage: 885/2013
18. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
19. Fragestunde für Einwohner

**Anwesend waren:**

Vorsitzender

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Herbert Brandt
6. Karl-Peter Conrads
7. Klaus Dohlen
8. Uwe Eggert

9. Dr. Stefan Evertz
10. Toska Frohn
11. Johann Graf
12. Theresia Hensen
13. Johannes Henßen
14. Horst-Eberhard Hoffmann
15. Karin Hoffmann
16. Rainer Jansen
17. Gabriele Kals-Deußen
18. Nils Kasper
19. Stefan Kassel
20. Wilfried Kleinen
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Markus Melchers
25. Manfred Mingers
26. Dr. Joachim Möhring
27. Uwe Neudeck
28. Hans-Josef Paulus
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Kurt Sybertz
32. Marlis Tings
33. Harald Volles
34. Wilhelm Josef Wolff abwesend TOP 7 bis 9

von der Verwaltung

35. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
36. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
37. Alexander Jansen
38. Peter Klee
39. Hans-Josef Bröhl
40. Karl-Heinz Kleinjans
41. Manfred Savoir
42. Ingrid Oeben
43. Stephan Scholz
44. Michael Jansen

Protokollführerin

45. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten

46. Hans-Jürgen Benden
47. Michael Kappes
48. Gerd Latour
49. Raimund Tartler
50. Ruth Thelen

Bürgermeister Fiedler eröffnete die 24. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen. Er begrüßte die Zuschauer, die Presse, die Vertreter der Verwaltung und den Behindertenbeauftragten der Stadt, Herrn Pütz, herzlich. Die Einladung sei form- und fristgerecht zugestellt worden und es habe keine Einwendungen zur letzten Niederschrift des Rates gegeben. Der Rat sei beschlussfähig, wobei sich die Ratsmitglieder Lator, Kappes, Tartler, Benden und Thelen entschuldigt hätten.

Des Weiteren beantragte Bürgermeister Fiedler die Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt 17 „Beratungs- und Beschlussvorschlag über die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Vergabe der Tiefbauarbeiten zur Herstellung der restlichen Teilstrecke an der Prof-Max-Wilms-Straße“ sowie die Absetzung des TOP 22. Zum Punkt 22 im nichtöffentlichen Teil gebe es noch interkommunalen Klärungsbedarf, der erst nach der Einladung zur Sitzung bekannt geworden sei.

Der Rat stimmte den Änderungswünschen des Bürgermeisters zu.

Zudem erklärte Bürgermeister Fiedler sich zu den Punkten 2 und 15 als Bewohner der Rheinstraße befangen.

Stadtverordneter Wolff beantragte den Tagesordnungspunkt 6 ebenfalls von der Tagesordnung zu nehmen, da seine Fraktion etwas mehr Vorbereitung benötige.

Der Rat stimmte dem Antrag zu.

## **TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass er erfreulicherweise berichten könne, dass die Turnhalle im Sportzentrum ab dem 04. September wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen werde. Die Arbeiten, die er selber diese Woche vor Ort angesehen habe, würden zügig voran gehen. Er teile dies auch deshalb mit, um kritischen Stimmen zu begegnen, die in letzter Zeit mit dem Tenor „schaffen die nie!“ die Einhaltbarkeit dieses Termins in Frage gestellt hätten.

b) Bürgermeister Fiedler teilte außerdem mit, dass er vom 20.07. bis zum 11.08. in Urlaub sei.

## **TOP 2      Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen gem. § 27 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Geilenkirchen auf Änderung des Flächennutzungsplanes für einen Bereich nördlich des Flussviertels - Beratung und Beschlussfassung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens Vorlage: 857/2013**

Bürgermeister Fiedler, Stadtverordneter Dr. Evertz und Stadtverordneter Wolff erklärten sich für befangen und verließen den Sitzungsraum.

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass es sich um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP und CDU handle, der bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung gestellt worden sei. Der Antrag sei mit dem Ziel gestellt

worden, eine städtebauliche Entwicklung in Geilenkirchen zu ermöglichen. Anfänglich habe es einige Bedenken gegen den Antrag gegeben. Diese konnten in zahlreichen Gesprächen zum größten Teil ausgeräumt werden. Anregungen würden zudem in das Verfahren vollzählig mit einfließen.

Stadtverordneter Hoffmann erwähnte, dass die sozialdemokratische Fraktion als erste Gesprächsbereitschaft signalisiert habe und in sachlichen Gesprächen gemeinsam Lösungsvorschläge für bestehende Problemlagen erarbeitet habe. Insbesondere seien die Erschließung des Gebietes und die Baustraße diskutiert worden. Das Verkehrsaufkommen im gesamten Bereich werde aufgrund der überschaubaren Grundstückszahl nicht immens zunehmen. Darüber hinaus stehe nach der Entwicklung des Gebietes A die Entwicklung des Gebietes B im Raum, über die zu gegebener Zeit erneut gesprochen werden müsse. Vorläufig werde seine Fraktion dem Antrag jedoch zustimmen.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass seine Fraktion dem Antrag ebenfalls zustimmen werde. Er betonte jedoch, dass die gesamte Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt nicht richtig sei. Zunächst sei die Meinung des Rates über die städtebauliche Entwicklung einzuholen. Erst in weiteren Verfahrensschritten seien Gespräche über Einzelheiten sinnvoll.

Stadtverordneter Volles erklärte, dass die Meinung seiner Fraktion bekannt sei und dass sie das Gebiet B für deutlich besser geeignet halte. Im Wesentlichen werde die Fraktion aufgrund der Zuwegung gegen den Antrag votieren.

### **Beschluss:**

Es wird beschlossen, den Flächennutzungsplan zu ändern für eine Fläche nördlich der Hünshovener Gracht und nördlich der Mainstraße (Alternative A).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	27
Nein:	3
Enthaltung:	0

### **TOP 3    Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen Antrag der CDU und SPD Fraktionen Vorlage: 877/2013**

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die Begründung aus dem Antrag hervor gehe. Im Verlauf der Legislaturperiode habe sich gezeigt, dass in den beiden Ausschüssen nur wenige Themen diskutiert würden und meist nicht genügend Punkte vorhanden seien. Eine Zusammenlegung der Ausschüsse würde beide Gremien beleben.

Stadtverordneter Hoffmann bemerkte, dass seine Fraktion eine Zusammenlegung der Ausschüsse von Anfang an gefordert habe. Momentan seien die Gremien reine Berichtsausschüsse. Gerade der Ausschuss für Bildung und Soziales sei das Herzstück der Politik einer sozialdemokratischen Partei, so dass er eine Stärkung dieses

Ausschusses ausdrücklich begrüße. Zudem sollte der neue Ausschuss häufiger zu wichtigeren Themen tagen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Jansen bestätigte Bürgermeister Fiedler, dass die Voraussetzung für die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse tatsächlich die vorherige komplette Auflösung aller Ausschüsse sei.

Daraufhin erklärte Stadtverordneter Jansen, dass die Zusammenlegung der Ausschüsse seines Erachtens nur einen Hintergrund hätte und zwar die Abwahl des Stadtverordneten Benden als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Er wundere sich, dass sich so viele Stadtverordnete für ein solches Vorgehen hergeben würden. Hier höre Politik auf.

Stadtverordneter Kravanja meinte, dass seine Fraktion die heutige Ausschusssituation im Rahmen des Bündnisses mitbeschlossen habe. Dennoch sei mittlerweile offensichtlich, dass es sich bei den Ausschüssen um Berichtsausschüsse handle. Darüber hinaus würden zwei Ausschüsse aufgrund der Sitzungsgelder mehr Geld kosten, so dass die Zusammenlegung finanzielle Vorteile habe. Wenn ein Nebeneffekt der Auflösung die Neuverteilung der Ausschussvorsitze sei, wäre das seiner Fraktion in einem Fall nicht ganz unwillkommen.

Stadtverordnete Frohn erläuterte, dass sie den Stadtverordneten Kravanja nur unterstützen könne. Darüber hinaus könne Sie die Überraschung über den Antrag nicht verstehen. Immerhin sei dies schon seit längerem gefordert worden. Ihre Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Stadtverordneter Dr. Evertz führte aus, dass die Zusammenlegung der Ausschüsse auch nach der Kommunalwahl im kommenden Jahr hätte vorgenommen werden können. Bis zur Wahl hätten ohnehin nicht mehr viele Sitzungen stattgefunden. Schon in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung seien Stimmen laut geworden, dass der Ausschussvorsitzende abgewählt werden müsse. Die Auflösung aller Ausschüsse zwecks Neuordnung sei der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen. Es sei interessant, wie mit Leuten umgegangen werde, die unbequem geworden seien.

Stadtverordneter Hoffmann meinte, dass der Ausschussvorsitz der SPD ohnehin abgepresst worden sei.

Stadtverordneter Volles stellte fest, dass man sich nun den wahren Gründen für den Antrag nähere und das gesamte Vorgehen nichts mit Demokratie zu tun habe.

Stadtverordneter Mingers warf ein, dass er unter diesen Umständen gegen den Antrag stimmen werde.

### **Beschluss:**

Der Rat beschloss mehrheitlich, zwecks Auflösung und Neugründung der Ausschüsse eine Sondersitzung des Rates am 04.09.2013 ab 18:00 Uhr abzuhalten.

Der Rat beauftragte die Verwaltung, die erforderlichen Vorlagen und Beschlüsse für die Sondersitzung des Rates vorzubereiten. Es ist beabsichtigt, die bisherigen Ausschusstärken und die Relationen von Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern in den Ausschüssen beizubehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	4
Enthaltung:	0

**TOP 4    Wiederwahl des Ersten Beigeordneten Herbert Brunen  
Vorlage: 869/2013**

Stadtverordneter Wolff schlug vor, Herrn Brunen als Ersten Beigeordneten wieder-zuwählen.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Wiederwahl in einem Beschluss gefasst werden könne, da Herr Brunen bereits Erster Beigeordneter der Stadt sei und hierfür kein neuer Beschluss notwendig sei.

Stadtverordneter Jansen beantragte geheime Wahl.

Die Stadtverordneten Graf und Banzet wurden zu Stimmzählern ernannt.

**Beschluss:**

Herr Herbert Brunen wird als Erster Beigeordneter der Stadt Geilenkirchen für eine weitere Wahlzeit von acht Jahren wiedergewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	2
Enthaltung:	2

Nach der Wiederwahl überreichte Bürgermeister Fiedler ein Präsent. Der Erste Beigeordnete Herbert Brunen richtete einige Worte an die Ratsmitglieder. Er sagte, dass er sich nun innerhalb von nur drei Monaten zum zweiten Mal für das durch die Wahl bestätigte Vertrauen bedanke. Des Weiteren danke er für die Vorschusslorbeeren. Er biete an, die bisherige über 15-jährige vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit weiter fortzusetzen und stehe nach wie vor allen Stadtverordneten gerne zur Verfügung. Er danke jedoch nicht nur dem Rat sondern auch den Kollegen im Verwaltungsvorstand und der Belegschaft für die gute Zusammenarbeit. Mit Blick auf die Haushaltssicherung seien noch schwere Aufgaben zu bewältigen und das Thema werde auch in den kommenden Jahren das alles beherrschende und entscheidende sein.

**TOP 5 Beratung über die Gründung der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH" und Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages  
Vorlage: 853/2013**

Stadtverordneter Jansen erkundigte sich, ob der Bürgermeister durch seine Aufsichtsratsfunktion und die Beteiligung in der Gesellschafterversammlung nicht eine Doppelfunktion wahrnehme und der Sitz in der Gesellschafterversammlung nicht an ein Ratsmitglied vergeben werden sollte.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Besetzung nicht unüblich sei und die Hauptverwaltungsbeamten in der Regel sowohl in der Gesellschafterversammlung als auch in der Aufsichtsratssitzung zugegen seien. Er richte sich hier jedoch nach den Wünschen des Rates.

Stadtverordneter Wolff betonte, dass die Präsenz des Bürgermeisters sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Gesellschafterversammlung Sinn machen würde und die Situation nicht mit der einer Aktiengesellschaft vergleichbar sei. Er plädiere dafür, dass die Regelung so beibehalten werde.

Stadtverordneter Dr. Evertz führte aus, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft nicht begrüßen würde, es derzeit aber keine Alternative gebe. Das Problem bestehe darin, dass der städtische Partner in der Entwicklungsgesellschaft überwiegend finanzielle Interessen habe und aufgrund dessen mehr entwickeln wolle, als der Rat befürworte. Die Kontrolle des Rates sei hier nicht wirklich vorhanden. Daher schlage er vor, dass im Vorfeld der Bedarf und die vorhandenen Flächen ermittelt würden. Nur so sei eine langfristige Planung und Entwicklung der Flächen möglich.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass – wie in der Vergangenheit – auch zukünftig der Rat ausschließliche Entscheidungskompetenz in Bezug auf die Entwicklung städtischer Flächen habe. Darüber hinaus seien die Planungen sehr langfristig angelegt. So sei die Entwicklung der Flächen in Hünshoven schon vor Jahren angestoßen worden. Der Stadtverordnete Dr. Evertz vermittele den Eindruck, als ob es sich hierbei um eine ad-hoc Entscheidung handle. Dies sei definitiv nicht der Fall.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Jansen erklärte Bürgermeister Fiedler, dass der Sitz der Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag festgelegt sei.

Stadtverordneter Dr. Evertz wiederholte, dass er eine Bedarfsermittlung für unabdingbar halte. Dies gebe ein Flächennutzungsplan nicht her.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass ein Flächennutzungsplan nicht einfach so aufgestellt werde. Auch hier würden Bedarfe berücksichtigt und umfassende Planungen vor der Aufstellung vorgenommen.

Stadtverordneter Hoffmann bemerkte, dass die Fragen der Fraktion der Grünen besser in der Ausschusssitzung gestellt worden wären.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass aufgrund der Äußerungen des Stadtverordneten Dr. Evertz der Eindruck entstehen könne, dass die Verwaltung bei der Erarbeitung der Vertragsunterlagen zur Gründung der Entwicklungsgesellschaft nicht sorgfältig genug gearbeitet habe. Er versichere jedoch, dass die Verwaltung das Optimum für die Stadt erreicht habe und die größtmöglichen Kontrollmöglichkeiten bestünden.

**Beschluss:**

Es wird beschlossen, die „Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH“ zu gründen. Der Entwurf des dazugehörigen Gesellschaftsvertrags wird verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	4

**TOP 6 Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)  
Vorlage: 861/2013**

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Geilenkirchen spricht sich für die Umsetzung der Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west) im Sinne des NEW Kommunalholding-Modells aus.
2. Zu diesem Zweck soll die west in eine „West Verkehr GmbH“ und eine „West Energie GmbH“ aufgespalten werden.
3. Für die Umsetzung der Neuordnung der west wird der 01. Januar 2014 angestrebt. Dabei muss sichergestellt sein, dass für das Jahr 2014 als dem letzten Jahr der Grundpachtlaufzeit der volle Ausgleich bezüglich der Differenz zwischen dem Ergebnisanteil aus der NEW Kommunalholding GmbH und dem garantierten Ergebnis aus der Verpachtung (KWH-Seite 8 Mio. € vor Ertragssteuern für das Jahr 2014) gezahlt wird.
4. Die Vertreter der Stadt Geilenkirchen in den Gremien der west und der KWH werden beauftragt, die Neuordnung der west in den Gremien weiter zu betreiben.
5. Zu gegebener Zeit ist über die konkrete Ausgestaltung der neuen Struktur (z.B. hinsichtlich des Gesellschaftervertrages und der Gremienbesetzung) erneut im Stadtrat zu beraten und zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	31
Nein:	2
Enthaltung:	0

**TOP 7 Beteiligung der EWV an der GREEN Bioenergie Cereshof GmbH  
Vorlage: 875/2013**

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass es bei dem Beschluss um einen städtischen Anteil in Höhe von 9,70 € gehe. Der Rat müsse die Beteiligung an der GREEN Bioenergie Cereshof GmbH aufgrund der Beteiligung der Stadt an der EWV mitentscheiden.

Stadtverordneter Volles fragte nach, aus welchem Substrat das Biogas gewonnen werde. Sollten zusätzlich landwirtschaftliche Flächen zum Maisanbau entzogen werden, wäre dies sehr nachteilig.

Herr Scholz antwortete, dass die Anlage zu 60% mit Gülle und zu 40% mit Mais aus eigenem Anbau betrieben werde. Der Hof beliebere die Anlage also selbst. Zusätzliche Flächen würden also nicht beansprucht.

**Beschluss:**

1. Die Stadt Geilenkirchen stimmt der Beteiligung der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (im weiteren Verlauf EWV) an der GREEN Bioenergie Cereshof GmbH zu.
2. Die Vertreter der Stadt Geilenkirchen in der Gesellschafterversammlung der EWV sowie die Vertreter der Stadt Geilenkirchen im Aufsichtsrat der EWV werden ermächtigt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen abzugeben.
3. Der Rat der Stadt Geilenkirchen beauftragt die Verwaltung, diesen Beschluss dem Kreis Heinsberg als der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich nach Beschlussfassung, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs schriftlich und unter Beachtung der sonstigen insbesondere kommunalrechtlichen Vorschriften anzuzeigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	1
Enthaltung:	0

**TOP 8 Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 870/2013**

Herr Pütz begrüßte die Anwesenden und gratulierte dem Ersten Beigeordneten Brunen zu seiner Wiederwahl. Er sei sicher, dass man die bisherige gute Zusammenarbeit weiter fortführen werde. Am heutigen Abend wolle er einen Schlagabtausch über seine Arbeit anbieten. Wer mit offenen Augen durch die Stadt gehe, der könne erkennen, welche Fortschritte in der gemeinsamen Arbeit erreicht wurden. Mit dem Rat, der Politik und auch der Arbeitsebene der Verwaltung habe er ein gutes, freundliches und vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut und die anfänglich aufgetretenen Zweifel seien weitestgehend ausgeräumt. Man habe die Problemlagen von Menschen mit Handicap im Blick und er wolle den Ansprüchen an seine Aufgaben gerecht werden.

Am 17.04. dieses Jahres sei er erneut mehrheitlich durch den Rat als Behindertenbeauftragter der Stadt Geilenkirchen gewählt worden und er danke nochmals für das in ihn gesetzte Vertrauen. Manche hätten in der Rolle vielleicht jemand anderen gesehen. Diese Personen könne er nur durch seine Arbeit als Behindertenbeauftragter von Gegenteiligem überzeugen und er hoffe, dass er bis März 2015 einige Skeptiker auf seine Seite ziehen könne. Über gegensätzliche Meinungen könne man grundsätzlich reden; er wolle sich jedoch nicht verbiegen lassen.

Er wolle beschreiben, wie in verschiedenen Einzelfällen Problemlagen für Menschen mit Handicap gelöst worden seien.

Der Briefkasten aus dem Gelo-Carré sei an den Marktplatz versetzt worden. Auch im Stadtteil Hünshoven an der Ecke Hünshovener Gracht/Jülicher Straße sei ein Briefkasten aufgestellt worden. Durch einen abgesenkten Bordstein sei dieser auch für Rollstuhlfahrer ohne Probleme zu erreichen. Zudem seien für sehbehinderte Personen Hinführungslinien eingerichtet worden. Auf diese Weise müssten ältere Menschen und Menschen mit Handicap zur Aufgabe ihrer Post nicht den ungleich längeren und beschwerlicheren Weg in die Stadt einschlagen. Für sehbehinderte Menschen seien jedoch die Leerungszeiten des Kastens nicht ersichtlich, so dass er sich auch hier unter Einbeziehung des Landes- und Bundesbehindertenbeauftragten unter Heranziehung der UN-Behindertenrechtskonvention um eine Problemlösung bemühe. Angedacht sei die Einrichtung einer Internetseite, auf der für sehbehinderte Personen Leerungszeiten, Standorte etc. angegeben würden. Diese Lösung werde für ganz Deutschland vorgesehen, so dass Geilenkirchen deutschlandweit in aller Munde sein werde.

Des Weiteren wolle er über einen Fall berichten, der seinerzeit auch Einzug in die örtliche Presse gehalten habe. Hier gehe es um einen jungen Mann, der durch einen Impfschaden schwerstbehindert sei und um Leistungen aus dem Opferentschädigungsgesetz kämpfe. Der zuständige Ortsvorsteher und er hätten gesehen, dass hier Hilfe notwendig sei. Es sei gelungen, Gelder bspw. durch Spenden des Lions-Club und der örtlichen Caritas zu sammeln und der Familie einen dringend benötigten Urlaub zu organisieren. Eine Schwierigkeit habe natürlich darin bestanden, ein geeignetes Domizil zu finden. Des Weiteren wurde das seitens des Landschaftsverbandes bereits zu den Akten gelegte Verfahren um Anerkennung des Impfschadens durch einen eigens engagierten Anwalt neu aufgerollt. Nun hoffe man auf ein neuerliches Gutachten durch einen Obergutachter. Des Weiteren werde versucht, die Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeugs zu forcieren. Da es hierbei um einen Betrag in Höhe von ca. 45.000 € gehe, habe man sich an den VdK-Landesverband gewandt, um eventuell Zuschüsse aus Stiftungsgeldern oder ähnlichem zu erhalten. Hier sei die Entscheidung noch nicht gefallen. Alles geschehe in enger Abstimmung mit dem Ortsvorsteher. Insgesamt müsse er sagen, dass es der Familie und dem jungen Mann wirklich schlecht gehe und sie auf jede Hilfe angewiesen seien. Wenn also einem der Stadtverordneten weitere Quellen für Zuschüsse oder Spenden bekannt seien, stehe er gerne als Ansprechpartner und für die weitere Vermittlung zur Verfügung.

Herr Pütz berichtete weiter über seine Beteiligung bei der Errichtung der Bürgerhalle in Würm. Der Halle bzw. dem Verein werde durch den VdK eine Plakette für die Umsetzung barrierefreien Bauens verliehen. Für die Auszeichnung müssten hohe Hürden überwunden werden. Der Verein habe dies gemeistert und sei damit der erste in der Stadt mit dieser Auszeichnung. In einer Feierstunde werde die Plakette in Kürze verliehen.

In Hünshoven hätten Bürgerinnen und Bürger ein fehlendes Geländer an der Treppe am Friedhof beklagt. Dieser Missstand sei behoben worden.

Herr Pütz erklärte weiter, dass seinerzeit der Eindruck entstanden sei, dass er gegen den Bürgertreff sei. Dies sei nicht der Fall. Er habe lediglich seine Beteiligung eingefordert. Anfänglich sei der Treff nicht barrierefrei erreichbar gewesen. Da die Eingangstüre jedoch erneuert worden sei, könne das Zentrum nun auch durch Rollstuhlfahrer und Personen mit Rollatoren besucht werden.

Weiterhin gebe es Bemühungen von Privatleuten und Arztpraxen zur Schaffung von Barrierefreiheit in ihren Räumlichkeiten. Kürzlich habe eine Praxis barrierefrei umbauen wollen. Durch alte Bausubstanz sei dies fast unmöglich gewesen. In Zusammenarbeit mit der Stadt sei letztlich eine Lösung gefunden worden. Eventuell sei denkbar, einen derartigen Einsatz mit einer Auszeichnung zu belohnen. Diesbezügliche Gespräche habe er bereits mit dem Beigeordneten Mönter geführt. Denkbar sei auch die Beteiligung der Politik und der Fraktionen sowie des Runden Tisches für Altenarbeit und diverser Vereine, um Integration und Inklusion zu fördern und eventuell eine Art Signet für Geilenkirchen auf den Weg zu bringen.

Weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit sei das Thema Bahnhöfe im Stadtgebiet. Es habe bereits ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister, dem Landesbehindertenbeauftragten und ihm bzgl. der Situation in der Stadt gegeben. Grundsätzlich benötige man hier jedoch einen langen Atem. Er habe über zahlreiche Verbindungen versucht, das Thema anzusprechen. So habe er bspw. bereits ein bilaterales Gespräch mit dem Staatssekretär des Landesverkehrsministeriums geführt. Das Land habe auch ein neues Programm zur barrierefreien Gestaltung des Nahverkehrs. Zudem führe die Stadt auch Gespräche über den Bahnhof Lindern mit dem Kreis aufgrund des Ausbaus der Strecke Geilenkirchen – Heinsberg. Natürlich müsse die geforderte Mindestfahrgastzahl erreicht werden, bevor das Programm umgesetzt werden könne. Es erfordere eine konzertierte Aktion und er könne versichern, dass er die Thematik nicht aus den Augen verlieren werde. Die derzeitige Situation sei unhaltbar insbesondere für ältere Menschen, Frauen mit Kinderwagen und auch Menschen mit Handicap. Er ermutige auch die Fraktionen, sich dem Thema zu widmen.

Herr Pütz führte weiter aus, dass er kürzlich vor Auszubildenden des Krankenhauses über seine Tätigkeit als Behindertenbeauftragter referiert habe und sie für die Belange von Menschen mit Handicap sensibilisiert habe. Des Weiteren habe es ebenfalls ein Treffen mit dem Personalrat und der Schwerbehindertenvertretung der Stadt gegeben. Mit Herrn Davids habe er über die barrierefreie Gestaltung der Passage im Gelo-Carre gesprochen und dieser habe zugesagt, einige Dinge nachzurüsten.

Weiterhin beschäftige ihn das Thema Inklusion. Zu Inklusion im Schulsystem gebe es verschiedene Meinungen. Er sei der Auffassung, dass es in manchen Fällen funktioniere aber nicht in jedem Fall die beste Lösung sei. In diesem Zusammenhang sei ein weiteres Programm aufgelegt worden, das 1000 zusätzliche Arbeitsplätze für Personen aus Behindertenwerkstätten im Rahmen der Inklusion schaffe. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstütze das Programm.

Beenden wolle er seinen Tätigkeitsbericht mit einem Zitat der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die gesagt hat: „Wer Inklusion will, sucht nach Wegen, wer sie verhindern will, der sucht nach Begründungen“.

In dem Zusammenhang erinnere er sich an ein kürzlich von Kindern aufgeführtes Musical, in dem behinderte und nichtbehinderte Kinder eine tolle Darbietung geboten hätten. An diesem Beispiel erkenne man, dass Geilenkirchen bei der Inklusion auf

einem guten Weg sei. Dieser Weg könne auch nur miteinander und gemeinsam gegangen werden.

Bürgermeister Fiedler dankte Herrn Pütz für seine Ausführungen und man könne erkennen, dass er ganz nah bei den Menschen sei und ein erfahrener Kämpfer für die Sache der Menschen mit Handicap sei. Besonders beachten müsse man, dass Herr Pütz seine Aufgaben und Ziele sehr engagiert und geduldig verfolge und die Themen Inklusion und demographischer Wandel anspreche und in den Mittelpunkt rücke. Dafür sei er ihm äußerst dankbar. Er wünsche ihm weiterhin so viel Erfolg und danke ihm herzlich für die ausführliche Darstellung seiner Arbeit.

Stadtverordneter Paulus meinte, dass Herr Pütz die Aktionen und seine Tätigkeit ausführlich beschrieben habe. Vor einigen Jahren sei einmal der barrierefreie Ausbau der Tevereener Heide besprochen worden. Man habe sich damals auch mit Vertretern der Stadt und des Kreises in der Heide getroffen. Er fragte nach, ob Herr Pütz etwas zu dem Sachstand sagen könne.

Herr Pütz dankte dem Stadtverordneten Paulus für den Hinweis. Bereits vor drei Jahren seien erste Gespräche geführt worden, die Heide nach niederländischem Vorbild auch für Menschen mit Handicap bzw. Sehbehinderung zugänglich zu machen. Testvorrichtungen sollen vom Parkplatz Grotenrath Richtung Wiggelewag geschaffen werden. Sein letzter Kenntnisstand sei, dass nach dem Sommer mit den Maßnahmen begonnen werden solle.

#### **TOP 9     Anzeige der Jahresabschlüsse 2010 und 2011 Vorlage: 760/2013**

##### **Beschluss:**

Der Rat beschließt von der Vereinfachungsregelung gem. § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes Gebrauch zu machen und bei der Anzeige des Jahresabschlusses für 2011 den Jahresabschluss für 2010 in der vom Bürgermeister bestätigten Entwurfsfassung beizufügen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

#### **TOP 10    Weiterleitung des Jahresabschlusses 2012 Vorlage: 876/2013**

##### **Beschluss:**

Der Jahresabschluss wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11 Verzicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2010 und folgende  
Vorlage: 871/2013**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Befreiung der Verwaltung von der Aufstellung eines gemeindlichen Gesamtabschlusses für die Jahre 2010 bis 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 12 Beratung und Beschlussvorschlag über das vorgezogene Einvernehmen der Stadt zur baulichen Hochwasserschutzmaßnahme des WVER im Streckenabschnitt der Wurm zwischen Kreissparkasse und Realschule  
Vorlage: 859/2013**

Stadtverordneter Banzet fragte nach, ob Preise zur Verschönerung der Mauer in Erfahrung gebracht werden konnten.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass er Gespräche mit dem Wasserverband Eifel-Rur geführt habe. Seitens der Vorstandsebene sei signalisiert worden, dass die städtebauliche Gestaltungsqualität einer Hochwasserschutzmaßnahme wichtig sei und dass der Wasserverband der Stadt auch einen Spielraum einräume. Über Zahlen könne zum jetzigen Planungsstand jedoch nicht gesprochen werden. In der Haushaltssicherung sei natürlich fraglich, wie die Kosten im Haushalt veranschlagt würden. Momentan gehe es darum, das Planfeststellungsverfahren einzuleiten.

Stadtverordneter Dr. Evertz meinte, ob es denn Sinn mache, dass der WVER die dargestellte Maßnahme vorziehe. Immerhin werde wurmaufwärts weiterhin die gleiche Wassermenge in das Kastenprofil eingeleitet. Sinnvoller sei es doch, die Maßnahme auf Höhe der Kornmühle vorher wahrzunehmen, damit die Wassermenge hinten schon in verminderter Menge ankomme. Daher solle zunächst die vordere Maßnahme durchgeführt werden, bevor der hintere Teil geplant werde.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass er den WVER nicht so verstanden habe, dass die nun vorgeschlagene Maßnahme vorgezogen werde. Der Wirkmechanismus einer Hochwasserschutzmaßnahme müsse auch für sich alleine gesehen werden.

Stadtverordneter Graf stimmte zu, dass der Vertreter des WVER im Umwelt- und Bauausschuss dargestellt habe, dass die Maßnahme an der KSK bzw. dem Krankenhaus aufgrund der Krankenhauserweiterung nun sinnvoll sei. Das Vorhaben an der Kornmühle sei hiervon jedoch vollkommen unabhängig bzw. der Hochwasserschutz hinter dem Kastenprofil sei durch die geplante Maßnahme voll gegeben. Darüber hinaus sei es sehr sinnvoll den heutigen Missstand schnellstmöglich zu verbessern. Daher könne er die Forderung des Stadtverordneten Dr. Evertz nicht nachvollziehen.

Stadtverordneter Sybertz erklärte, dass es nun in erster Linie um die separate Maßnahme der Errichtung einer Mauer zum Hochwasserschutz gehe und hierüber abgestimmt werden sollte.

### **Beschluss:**

Die Stadt erklärt gegenüber dem WVER ihr Einvernehmen, die Variante umzusetzen, die vorsieht, beidseitig entlang der Wurm ca. 1,0 m hohe Schutzwände herzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	30
Nein:	3
Enthaltung:	0

### **TOP 13 Beratung und Beschlussvorschlag über die Gestaltungskonzepte der Stadtkernerneuerung für den IV. BA, die Haihover Straße und den V. BA, entsprechend der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Vorlage: 860/2013**

Stadtverordnete Frohn erläuterte, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung einige Fragen aufgeworfen worden seien, die das Beiblatt nicht ausreichend beantworte. So werde bspw. ein Übergang für Fußgänger an der Ampel überhaupt nicht thematisiert, obwohl über eine Ampelregelung gesprochen worden sei.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass sich die Ampelregelung auf die Variante B der Planentwürfe bezogen habe und hier auch nur eine Ampelschaltung Sinn mache. Sollte sich der Rat zu gegebener Zeit für die Variante B aussprechen, könne noch über die genauen Inhalte gesprochen werden. Bei der heutigen Entscheidung gehe es hingegen darum, dass die restliche Stadtkernerneuerung überhaupt beschlossen werde. Dies sei notwendig, um die entsprechenden Anträge auf Zuschüsse zur Städtebauförderung stellen zu können, da die Anträge lediglich bis August 2013 eingereicht werden könnten. Welche Planvariante zum Zuge komme, werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass eine Ampelregelung an der Stelle Charme habe und die Verkehrssituation dort gut regle.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Freie Bürgerliste die Variante A favorisiere, dies aber gerne zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden könne. Auf Nachfrage zur Ausbesserung des Pflasterbelags am Gelo-Carre antwortete Beigeordneter Mönter, dass bis dato noch keine Gespräche mit dem Betreiber geführt worden seien. Die Stadt werde aber versuchen, die Ausbesserungen des Pflasters im Rahmen der Gewährleistung oder Kulanz geltend zu machen.

**Beschluss:**

Auf der Grundlage der Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes gem. Ratsbeschluss vom 05.06.2013 werden nachstehende vom Büro BKR entwickelte Planungskonzepte, Planungsstand vom 06.06.2013, zur restlichen Ausführung der derzeitigen Stadtkernerneuerung beschlossen.

1. IV. Bauabschnitt, Herzog-Wilhelm-Straße, Teilstrecke vom Kreisverkehrsplatz Konrad-Adenauer-Straße bis zur Kundenzufahrt Gelo-Caree, mit Einmündungsbereich Haihover Str. nach T-Modell und Neuanbindung des Wurm-räumwegs.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	30
Nein:	3
Enthaltung:	0

2. V. Bauabschnitt, Teilstrecke zwischen den Einmündungen Alte Poststraße und Theodor-Heuss-Ring, unter Einbeziehung der öffentlichen Verkehrsfläche entlang der Grundstücke Konrad-Adenauer-Straße 87 bis 95 und ohne die Verkehrsfläche der Landstraße L 364.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

3. Herstellung eines Fußgängerüberweges nach StVO (Zebrastreifen), in der Haihover Straße zwischen Gerbergasse und REWE-Markt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

- TOP 14 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Geilenkirchen**  
**Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Jülicher Straße, westlich der Rheinstraße, südlich der Ruhrstraße und östlich der Hünshovener Gracht**  
**Beratung und Beschlussfassung über die während der erneuten Offenlage und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen**  
**Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung**  
**Vorlage: 863/2013**

Bürgermeister Fiedler und Stadtverordneter Wolff zeigten ihre Befangenheit an und verließen den Sitzungssaal.

**Beschluss:**

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Geilenkirchen wird als Satzung verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

- TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über das gemeindliche Einvernehmen zur Erweiterung der "Abgrabung Würm"**  
**Vorlage: 879/2013**

**Beschluss:**

Das Einvernehmen nach § 36 BauGB wird hergestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 16 Beratungs- und Beschlussvorschlag über die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Vergabe der Tiefbauarbeiten zur Herstellung der restlichen Teilstrecke an der Professor-Max-Wilms-Straße**  
**Vorlage: 885/2013**

**Beschluss:**

Die Auftragserteilung erfolgt, wie in der Ratssitzung vom 17.04.2013 beschlossen, an den Mindestbieter des Verfahrens, die Fa. Willy Dohmen, Hasenbuschstr. 46, 52531 Übach-Palenberg.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 17 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

a) Stadtverordneter Banzet fragte nach, wer für die Unterhaltung des Synagogenplatzes zuständig sei. Derzeit seien Tapetenreste und ähnliches an den provisorischen Wänden angebracht. Insgesamt müsse der Platz eventuell nochmals gereinigt und in Ordnung gebracht werden.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass er keine Erkenntnis darüber habe, wer für die Plakatierung etc. verantwortlich sei. Er habe in Kürze jedoch einen Termin mit dem Eigentümer der Stadthalle. Bei der Gelegenheit werde er das Thema ansprechen.

Auf eine weitere Nachfrage des Stadtverordneten bemerkte Bürgermeister Fiedler, dass er bzgl. der Darstellungen auf der Sparkassen-Card eine Antwort der Kreissparkasse erhalten habe. Die KSK betone, dass die Card nicht als Affront gegen Geilenkirchen angesehen werden sollte. Vielmehr habe man die künstlerische Freiheit nicht einschränken wollen.

b) Stadtverordneter Dr. Evertz führte aus, dass die Befahrung des Berliner Rings Richtung Burg Trips für Radfahrer recht gefährlich sei. Er erkundigte sich, ob dort nicht eine weitere Spur für Radfahrer eingerichtet werden könne oder ein Ausbau des Bürgersteigs erfolgen könne.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass er eine Teilung des Bürgersteigs eher kritisch sehe, die Situation aber gerne überprüft werden könne.

c) Stadtverordneter Sybertz meinte, dass er die Verwaltung für die mittlerweile regelmäßige und zeitnah erfolgende Reinigung des Wurmfensters loben müsse. Wenn das Fenster jetzt noch die gewünschte Beschilderung bekommen würde, wäre es tatsächlich ein Alleinstellungsmerkmal für Geilenkirchen.

Bürgermeister Fiedler versprach, das Lob an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

**TOP 18 Fragestunde für Einwohner**

Es gab keine Anfragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sitzung endet um: 20:43

Vorsitzender

Schriftführerin:

Bürgermeister  
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns